

# Abgeordnetenhaus **BERLIN**

Der Vorsitzende  
des Petitionsausschusses

nur per E-Mail: [verwaltung@openpetition.de](mailto:verwaltung@openpetition.de)

Abgeordnetenhaus von Berlin, Petitionsausschuss, 10111 Berlin

openPetition gGmbH  
Herrn Jörg Mitzlaff  
Am Friedrichshain 34  
10407 Berlin

Geschäftszeichen	Bearbeiter(in)	Zimmer	Telefon (030) 2325 -	Telefax (030) 2325 -	Datum
1990/19		A 002	1472	1478	12.06.2023 / Br

Sehr geehrter Herr Mitzlaff,

die Mitglieder des Petitionsausschusses des Abgeordnetenhauses von Berlin haben Ihre Eingabe vom 29. März 2023 ("**Kürzungen der Berliner Schulbauoffensive stoppen!**") beraten. Mit Ihrer Zuschrift fordern Sie einen Stopp von Kürzungen der Berliner Schulbauoffensive. Dringend erforderliche Schulneubauten für ausreichend Schulplätze und Sanierungen an Berliner Schulen seien durch die Kürzungen auf unbestimmte Zeit nicht realisierbar. Sie begründen Ihre Forderung damit, dass im Koalitionsvertrag die Berliner Schulbauoffensive zu einem Projekt oberster Priorität deklariert worden sei. An diese Zusage müsse man sich halten. Um verlässlich für jedes Kind einen Schulplatz und somit sein Recht auf Bildung in angemessen sanierten und gut ausgestatteten Schulen garantieren zu können, bedürfe es dringlich der zugesagten Investitionen. Am Schulbauetat und somit an der Bildung der Kinder den Rotstift anzusetzen, sei grob fahrlässig und habe langfristige Auswirkungen auf die Zukunft der Stadt. Kinder bräuchten wortwörtlich RAUM zum Lernen.

Die von Ihnen eingereichte Eingabe wurde auf der Internet-Plattform openPetition initiiert und in dem Zeitraum vom 1. September 2022 bis 31. Oktober 2022 von 4.225 Unterstützenden aus Berlin mitgezeichnet.

Zu Ihrer Eingabe liegt uns eine Stellungnahme der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie vom 18. April 2023 vor, die wir Ihnen nachfolgend gerne wiedergeben wollen:

*„Die Berliner Schulbauoffensive kommt in Übereinstimmung mit den in den Richtlinien der Regierungspolitik vom 18. Januar 2022 formulierten Zielen unverändert eine hohe Priorität im Land Berlin zu. Dies drückt sich unter anderem in den für die Schulbauoffensive zur Verfügung stehenden Finanzmitteln aus.“*

Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin-Mitte  
(ehemaliger Preußischer Landtag)

Interne Telefonnummer: 99407 -

U-Bahnhof Potsdamer Platz Kochstraße	S-Bahnhof Anhalter Bhf. Potsdamer Platz	DB-Bahnhof Potsdamer Platz	Bus M 29, M 41, M 48, M 85, 200	Internet: <a href="http://www.parlament-berlin.de">http://www.parlament-berlin.de</a> E-Mail: <a href="mailto:petmail@parlament-berlin.de">petmail@parlament-berlin.de</a>
--	---	-------------------------------	---------------------------------------	---

Die für den Schulbau bereitstehenden Finanzmittel steigen seit Beginn der Schulbauoffensive stetig an und werden dies dem beschlossenen Investitionsprogramm 2022-2026 folgend auch in den kommenden Jahren tun. Nachfolgend wird die Entwicklung der insgesamt für den Schulbau bereitstehenden Finanzmittel inkl. des baulichen Unterhaltes für den Zeitraum 2016 bis 2026 aufgeführt:

2016: 349 Mio. €	2022: 1.048 Mio. €
2017: 461 Mio. €	2023: 1.123 Mio. €
2018: 616 Mio. €	2024: 1.534 Mio. €
2019: 709 Mio. €	2025: 1.722 Mio. €
2020: 768 Mio. €	2026: 1.568 Mio. €
2021: 800 Mio. €	

Die in der Petition angenommene „Kürzung bei den Investitionen“ ist somit nicht zutreffend.

Investitionsprogramme/hier: Investitionsprogramm 2022 bis 2026

Es wird angenommen, dass die Petition auf die im Zuge der Aufstellung des Investitionsprogramms 2022-2026 vorgenommene Verschiebung von angemeldeten Schulbaumaßnahmen der Bezirke Bezug nimmt.

Grundsätzlich gilt, dass Investitionsprogramme – unabhängig vom Doppelhaushaltsverfahren – jährlich fortgeschrieben und an die jeweils aktuellen Erkenntnisstände angepasst werden. Hierbei kann es sowohl zu einem Vorziehen von Maßnahmen als auch zu einem zeitlichen Zurücksetzen kommen. Dies hängt unter anderem vom jeweiligen Planungsfortschritt, aktualisierten Bedarfpriorisierungen, verfügbaren Baukapazitäten und auch finanziellen Parametern ab. Grundsätzlich gilt, dass jene Maßnahmen finanziell gesichert sind, die im jeweilig aktuellen Doppelhaushalt enthalten sind.

Die Investitionsprogramme der Bezirke waren bis zum Planungszeitraum 2021 bis 2025 von einer deutlichen Überzeichnung geprägt, d. h. es wurden mehr Maßnahmen durch die Bezirke zur Investitionsplanung angemeldet als finanzierbar waren. Zudem waren in der Finanzplanung 2021 bis 2025 im Kapitel 2910 – Übrige allgemeine Finanzangelegenheiten –, Titel 71903 und 89389 investive Pauschale Minderausgaben veranschlagt, die sich auf das Jahr 2024 (1,4 Mrd. EUR) und das Jahr 2025 (1,6 Mrd. EUR) verteilen. Diese Vorgabe zur Darstellung der finanziell umsetzbaren Gesamtinvestition des Kernhaushalts konnte nur erreicht werden, indem auch im Investitionsprogramm aufgeführte Schulbaumaßnahmen erst zu einem späteren Zeitpunkt (hier: ab 2026) abgerufen werden.

Mit dem Investitionsprogramm 2022 bis 2026 wurden daher auf der Grundlage der überbe-zirklichen Dringlichkeitsliste die Anzahl der im Finanzplanungszeitraum beginnenden Maßnahmen auf ein noch finanzierbares Haushaltsvolumen reduziert. Es handelt sich hierbei um eine zeitliche Verschiebung von Schulbaumaßnahmen und nicht um deren Streichung.

Die derzeit im Investitionsprogramm 2022 bis 2026 vorgesehenen Ausgaben für den bezirklichen Schulbau (ohne Bauunterhalt) sehen jedoch weiterhin einen deutlichen Anstieg vor:

2022 (Ist): 199 Mio. €	2024: 359 Mio. €	2026: 339 Mio. €
2023: 230 Mio. €	2025: 379 Mio. €	

Unabhängig von diesen Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen in Zuständigkeit der Bezirke wurden bei den Schulneubaumaßnahmen, die in zentraler Verantwortung, d. h. durch

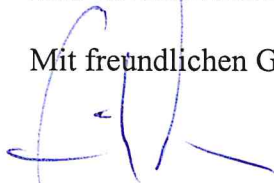
*die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen und durch die Wohnungsbau-  
gesellschaft HOWOGE umgesetzt werden, keine zeitlichen Verschiebungen bei der Bereitstel-  
lung der Finanzmittel vorgenommen – Die Schulneubauten können daher wie geplant reali-  
siert werden.“*

Ihre Eingabe, aus der die Sorge um die Lernbedingungen in den Berliner Schulen spricht, können wir sehr gut nachvollziehen. Auch uns ist es ein großes Anliegen, Schülerinnen und Schülern an den Berliner Schulen ein möglichst gutes Lernumfeld zu bieten. Hierzu bedarf es enormer finanzieller Kraftanstrengungen. Die Berliner Schulbauoffensive (BSO) ist das größte Investitionsvorhaben der letzten und laufenden Legislaturperiode. Damit sollen der Sanierungsstau an den Schulen weiter abgebaut und für die wachsende Stadt neue Schulen errichtet werden. Für die bauliche Unterhaltung werden dauerhaft Mittel zur Verfügung gestellt, damit kein neuer Sanierungsstau entsteht.

Die obigen Ausführungen der zuständigen Senatsverwaltung zeigen, dass die in Ihrer Petition angenommene Kürzung bei den Investitionen nicht zutrifft. Vielmehr sind die Ausgaben seit 2016 kontinuierlich gestiegen. Im Hinblick auf die aktuelle Aufstellung des Investitionsprogramms 2023 bis 2027 und die anstehenden Haushaltsberatungen im Parlament haben wir dennoch zur Unterstützung Ihres Anliegens beschlossen, Ihre Eingabe den im Abgeordnetenhaus vertretenen Fraktionen zur Kenntnis zu geben.

Die Bearbeitung Ihrer Eingabe haben wir mit diesem Schreiben abgeschlossen. Gleichzeitig bitten wir Sie, unsere Antwort den Unterstützenden der Eingabe auf geeignetem Wege ebenfalls zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen



Maik Penn